"Europa wird sein" in Arbecht (7. Dezember 1957)

Legende: Am 7. Dezember 1957 kommentiert die luxemburgische Gewerkschaftszeitung Arbecht die Ratifizierung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) durch die luxemburgische Abgeordnetenkammer.

Quelle: Arbecht: Der Proletarier. Zeidong vum Letzeburger Arbechterverband. 07.12.1957, Nr. 48. Esch/Alzette: Confédération générale du travail LAV. "Europa wird sein", auteur:Krier, Antoine , p. 1.

Urheberrecht: (c) Confédération générale du travail

URL: http://www.cvce.eu/obj/europa_wird_sein_in_arbecht_7_dezember_1957-de-adb05dae-be21-4704-a6d8-da48fc432bf3.html

Publication date: 05/11/2015

Europa wird sein

A. Krier

Das luxemburgische Parlament hat als kleinstes Parlament für einmal auch als letztes die Europa-Verträge verabschiedet.

Die zuständigen Minister haben vor dem Parlament den Standpunkt der Regierung in längeren Ausführungen dargelegt.

Die Berichterstatter haben die Verträge gründlich analysiert und vor der Abgeordneten-Kammer Bericht erstattet.

Mit Ausnahme der Kommunisten sprachen alle Abgeordneten für die Ratifizierung und es stimmten auch alle Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten für die Europa-Verträge.

Nicht alle aus denselben Gründen.

Der Sprecher der Groupement-Demokraten, Herr Schaus, erklärte für die Verträge zu sein, weil sie liberaler Konzeption seien.

Wenn die Verträge aber sozialistischer Konzeption wären, dann wäre er, Herr Schaus und seine Kumpanen, dagegen.

Dieses Eingeständnis sei festgehalten.

Unter Sozialismus verstehen nämlich Herr Schaus und die Seinigen nur das, was von den Arbeitern gewollt und von den Freien Gewerkschaften angestrebt und verteidigt wird.

Die Kommunisten sind gegen die Verträge, weil sie eben alles bekämpfen müssen, was Europa einen und der europäischen Wirtschaft dienen kann.

Sie lehnen für Europa ab, was für sie Ostpreußen, die Satellitenstaaten und für Rußland anbeten.

Moskau hat längstens schon die Satellitenstaaten in die russische Wirtschaft integriert.

Von diesen Staaten darf keiner aus der Reihe tanzen.

Ungarn hat das bewiesen.

Und Jugoslawien muß stets auf der Hut sein, um nicht zwangsweise in die russische Macht- und Wirtschaftsphäre integriert zu werden.

Wie anders aber ist es in Europa.

Vor etwas mehr denn 5 Jahren wurde den Parlamenten der sechs Länder der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Ratifizierung unterbreitet.

In echt demokratischer Weise wurde dieser Vertrag sowohl in der Presse wie in den Parlamenten diskutiert.

Die Presse konnte dafür und dagegen schreiben.

Die gewählten Vertreter des Volkes konnten in den Parlamenten dafür und dagegen sprechen.

Nach gründlicher Aussprache in den Parlamenten wurde der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl votiert.

Dann erst trat dieser erste europäische Vertrag in Kraft.

Der zweite europäische Vertrag, derjenige über die europäische Verteidigung, wurde ebenfalls den Parlamenten zur Diskussion und zur Ratifizierung unterbreitet.

Das französische Parlament war gegen diesen zweiten europäischen Vertrag.

Das genügte: Er trat nicht in Kraft.

In Rußland und seinen Satellitenstaaten wäre so etwas nie möglich gewesen.

Und unmöglicher noch die freie Ablehnung eines für Rußland ähnlichen Vertrages durch einen der Satellitenstaaten.

Der Kreml hätte eine freie Abstimmung, wie diejenige im französischen Parlament, nie geduldet.

Glücklicherweise leben wir in demokratisch regierten Ländern, in deren Parlamenten jeder sagen kann was er denkt und stimmen kann wie er will.

Die Kommunisten sagen in unserem Parlament nicht nur das, was sie wollen.

Sie sagen zu internationalen Problemen gewöhnlich das, was ihnen von außen aufgetragen wird.

Sie stimmen ebenfalls nicht nur wie sie wollen, manches Mal auch, wie es ihnen, wie bei den beiden Europa-Verträgen, von außen befohlen wird.

Die Debatten über die Europa-Verträge sind in den Analytischen Berichten der Abgeordneten-Kammer nachzulesen.

Die Lektüre dieser Berichte ist jedem zu empfehlen.

In der „Arbecht“ vom 23. November wurde zu den Europa-Verträgen Stellung genommen in einer Form, die bereits vor den Kammerdebatten aufklärend wirkte und unsere Leser mit den Problemen der europäischen Integration vertraut machte.

Es sei trotzdem gestattet, den freigewerkschaftlichen Standpunkt zu diesen Verträgen zu skizzieren, so wie er in der Abgeordneten-Kammer vertreten wurde.

Es ist schon richtig, daß die Parlamente vor die Alternative gestellt wurden, zu den Verträgen ja oder nein zu sagen.

Zu den Verträgen, so wie sie vorlagen, da keine Besserungsanträge vor und zur Abstimmung gebracht werden konnten.

Wichtig aber ist es, daß die Parlamente gefragt werden mußten und daß die Abgeordneten und nicht die Regierung über die Annahme oder Ablehnung der Verträge zu entscheiden hatten.

Die Verträge wurden in den Parlamenten der sechs in Frage kommenden Ländern mit großer Mehrheit gestimmt.

In Belgien und in Luxemburg wurden die Verträge sozusagen einstimmig angenommen.

Die Groupement-Demokraten hätten, wie die Kommunisten, dagegen stimmen sollen, wenn sie glauben, in

dem geeinten Europa gegen die Arbeiter und die freien Gewerkschaften sein zu müssen.

Die Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom befriedigen die organisierten Arbeiter noch lange nicht.

Trotzdem sind die freien Gewerkschaften der sechs Länder für die Verträge.

Sie bedauern an erster Stelle, daß die Verträge ohne die Mitarbeiter der Gewerkschaften ausgearbeitet wurden.

Sie bedauern ferner, daß die sozialen Probleme in diesen Verträgen eher vernachlässigt, denn berücksichtigt wurden.

Sie stellen fest, daß die europäische Kommission (Hohe Behörde) nur wenig, der Ministerrat hingegen überaus große Vollmachten hat.

Sie vermissen in dem gemeinsamen Vertrag einen Artikel, der die soziale Harmonisierung gewährleistet.

Trotz diesen und andern Mängeln bejahen die freien Gewerkschaften die Europa-Verträge.

Sie bekennen sich zu diesen Verträgen, die trotz ihrer Unvollständigkeit besser sind, wie das zur Zeit Bestehende.

Die freien Gewerkschaften erklären immer wieder, daß ein Neues Europa ohne die Arbeiter unmöglich sein wird.

Das neue Europa setzt darum eine Reorganisation der Wirtschaft voraus, die den Schaffenden bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sichern muß.

Die Arbeiter sind bereit, an dieser Reorganisation der Wirtschaft mitzuarbeiten.

Sie sind überzeugt, daß Mängel und Anomalien der Verträge in dem Maße beseitigt werden, indem die berufenen Vertreter auf allen Stufen der Gemeinschaft mitberatend und mitbestimmend beteiligt werden.

Neben der Exekutive der europäischen Kommission interessiert besonders der Wirtschafts- und Sozialausschuß die Arbeiter.

Es ist uns nicht egal, wer Luxemburg in der europäischen Kommission vertritt.

Wir wollen gehört und informiert werden über die Fähigkeit, die Unabhängigkeit und die soziale Konzeption desjenigen, der Luxemburg in der Exekutive zu vertreten hat.

Wir verlangen für die Arbeiterschaft wenigstens 2 von den 5 Vertretern, die Luxemburg in den Wirtschafts- und Sozialausschuß zu bestimmen hat.

Dem Wirtschafts- und Sozialausschuß ist das Initiativrecht zuzuerkennen und die Möglichkeit, paritätische Kommissionen zur Lösung auftauchender Probleme einzusetzen.

Die organisierte Arbeiterschaft der sechs Länder hält darauf, im europäischen Sozialfonds und in der Investitionsbank gemäß ihrer Stärke vertreten zu sein.

Dasselbe gilt für alle andern Kommissionen, die für den gemeinsamen Markt und für Euratom eingesetzt werden.

Ein europäisches Arbeitsamt, das paritätisch zu verwalten ist, drängt sich auf. Es hat sich nicht nur mit der

Arbeitsmarktlage und der Arbeitsvermittlung, sondern auch und vor allem mit dem Schutz der jungen Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Den Gewerkschaften entstehen neue und große Aufgaben in dem Europa, das im Werden ist.

Die Gewerkschaften wollen dieses neue Europa. — Sie wollen aus dem werdenden Europa das große Europa schaffen, das Europa der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit.

Europa wird mit den Arbeitern und darum sozial sein oder es wird nicht sein.